

NEG - einig...

udi or- je- m ag er r- a- u- g g n- le m t- e- n r- s- y- s- t- e- m

NDR ZERSCHLAGEN:

WAS NUN?

Die CDU-Ministerpräsidenten Albrecht und Stoltenberg wollen eine Veränderung der Rundfunklandschaft herbeiführen. Eine Veränderung, die schwerwiegende Folgen nicht nur für Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, sondern auch Konsequenzen für Hörer und Zuschauer haben wird. Mit der Zerschlagung des NDR ist eine Entwicklung eingeleitet, die dazu führen kann, daß wenige wirtschaftlich Mächtige sich über private Rundfunksender in Fernsehen und Funk ein Meinungsmonopol verschaffen und das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem an die Wand drücken.

Wie die Dinge liegen, wird der Norddeutsche Rundfunk vom 1. Januar 1981 an nur noch als Rumpf-Anstalt existieren. Denn entweder setzt sich der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht mit seiner Forderung nach einer Ausgliederung von „Radio Niedersachsen“ aus dem NDR durch. Dann gibt es den Norddeutschen Rundfunk im wesentlichen nur noch für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Oder: Ernst Albrecht erhält seinen „Haussender“ nicht. Für diesen Fall soll Hamburg aus dem Verband des Norddeutschen Rundfunks verschwinden und mit einem „Radio Hamburg“ die Hanseaten erfreuen. Wie man es auch dreht und wendet: Vom alten NDR bleibt noch etwas übrig, gewiß; aber er wird erst einmal in zwei Rundfunkanstalten zerlegt, und da es mit Absicht geschieht, kann man auch sagen: zerschlagen. Dann soll der verbleibende Rumpf-„NDR“ auch noch zusätzliche Aufgaben wahrnehmen, zum Beispiel die regionale Rundfunkversorgung verstärken, obwohl ihm weniger Mittel zur Verfügung stehen. Kommt „Radio

Niedersachsen“, so sind es zwischen 80 und 120 Millionen, kommt „Radio Hamburg“, so sind es 90 Millionen. Angesichts solcher Zahlen kann sich beim NDR niemand eine genaue Vorstellung davon machen, wie es nach dem 31. 12. 1980 weitergehen soll, wenn der Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk ausläuft. Wer von den Beschäftigten muß zum Beispiel von Hamburg nach Hannover oder umgekehrt, falls „Radio Niedersachsen“ gegründet wird? Wo sollen die Produktionskapazitäten stehen für den Rumpf-„NDR“, falls Hamburg sein eigenes „Radio Hamburg“ gründen muß? Wer muß dann von Hamburg nach Kiel oder nach Hannover oder umgekehrt? Wie soll mit weniger Geld mehr Programm gemacht werden? Was wird aus den Tarifverträgen? Was aus den Orchestern? Nichts ist klar. Und völlig offen ist auch noch, wo nach der Zerschlagung des NDR das Geld herkommen soll, mit dem der NDR jetzt andere Rundfunkanstalten wie Radio Bremen, den Saarländischen Rundfunk oder den Sender Freies Berlin und andere unterstützt.



NDR-Intendant Neuffer an der Spitze als Drei-Länder-Anstalt plädierten.

Wie kann der Rumpf-„NDR“ noch seinen Pflichtanteil für das (Fernseh-) Gemeinschaftsprogramm der ARD von knapp 20 Prozent leisten? Gerät nicht vielmehr die ARD, also das erste Fernsehprogramm in Gefahr, wie es etwa Rundfunkintendanten als Fachleute behauptet haben? Ungewiß ist schließlich, wieso ge-

**ÜBER 300 000 BÜRGER
UNTERSCHRIEBEN FÜR
ERHALT DES NDR
DGB-AKTION**



DER NDR GEHÖRT DEN BÜRGERN NICHT DEN PARTEIEN



...ines Protestmarsches, mit dem Beschäftigte des NDR für den Erhalt des Senders

schwächte öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten jenen kommerziellen Sendern Konkurrenz machen können, die der niedersächsische Ministerpräsident zunächst in seinem Bundesland gründen will. Andere sollen und wollen diesem Beispiel folgen. Ein amputierter NDR und eine geschwächte ARD ist ja nicht ge-

Großes Echo fand eine Unterschriften-Aktion der DGB-Landesbezirke Nordmark und Niedersachsen. Über 300 000 beteiligten sich an dieser Aktion. Zu den Unterzeichnern gehörten auch viele CDU-Mitglieder. Doch die Ministerpräsidenten Albrecht und Stoltenberg setzten sich über das Bürgergutachten hinweg.

rade das, was man unter einem gut erhaltenen öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem versteht. Klar ist allerdings eins: Daß angesichts so vieler Ungewissheiten und Widersprüche die Beschäftigten beim NDR und auch bei den anderen Sendern in höchstem Maße alarmiert und verunsichert sind. Wer traut etwa schon der Versicherung des niedersächsischen Ministerpräsidenten, Arbeitsplätze seien nicht in Gefahr, wenn er sagt, die Mitarbeiter des NDR würden übernommen, und dem wörtlich hinzufügt: „Soweit irgend möglich“.

Viele fragen sich – und es werden immer mehr –, ob nicht die Schwächung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der Eigentum aller ist, und der Aufbau von kommerziellen Anstalten, die Werbeinteressen dienen, Methode hat.

Diese Frage wird mit größerem Nachdruck gestellt, weil Ministerpräsident Albrecht erstens viel mehr davon redet, er wolle den jetzigen Rundfunk ändern, als davon, er wolle NDR und ARD und ZDF erhalten. Und zweitens will Ernst Albrecht mal „Radio Niedersachsen“ und mal will er es nicht. Dies hinterläßt den Ein-

druck, daß ihm weniger an seinen Landeskindern gelegen ist, als am Rundfunk nach seinen Vorstellungen.

Die Ankündigung schließlich, man wolle den Staatsvertrag über den Rumpf-„NDR“ ohne „Radio Hamburg“ gleich über 20 Jahre schließen, weckt die allerschlimmsten Befürchtungen. Denn dann könnte dieser Vertrag auch nicht mehr durch völlig andere Mehrheiten in den beiden Landtagen verändert werden.

Dies aber führt zu dem entscheidenden Punkt. Ministerpräsident Albrecht und Ministerpräsident Stoltenberg wollen mit knappsten Mehrheiten eine Veränderung der Rundfunklandschaft herbeiführen, die ganz schwerwiegende Folgen nicht nur für Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen, sondern auch Konsequenzen für Hörer und Zuschauer haben wird.

Die Frage ist, ob die betroffenen Gebührenzahler dies wirklich wollen und wissen, was gespielt wird. Bei den Gewerkschaften hat man nicht den Eindruck und sucht deshalb die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, die Diskussion. Es geht nun darum, diese Diskussion zu vertiefen.

UDO KÖLSCH

Vi
ka
SE
m
N
O
lu
Fc
sch
au
zie
Sc
vo
zu
Ni
un
ge
pl

N
He
zei
für
SP
de
Zi
me
mä
gle
ne
au
ter
wü
len
ger
sov
auf
ric
sic
Ab
me
mö
An
ent
un
ger
wir
bei
mu
hör
Dis
der
ma
- A
ebe
NC
auc
sol
zep
zen

ER
ZDEN

